

ANTRAG zur Landesmitgliederversammlung am 14.02.2013

„Stadtticket dauerhaft sichern!“

Das Stadtticket in der Stadt Bremen für Menschen im Bezug von Grundsicherungsleistungen wie ALG II, Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung, Hilfe zum Lebensunterhalt und Leistungen für Asylsuchende ist ein großer Erfolg! Während die Nachfrage kurz nach der Einführung noch vergleichsweise gering war, ist die Zahl der NutzerInnen von 9.100 Ende 2010, auf 12.600 Ende 2011 und 16.500 Ende 2012 angewachsen. Auch die Senkung des Einstiegspreises von 29,50 € auf jetzt 25,00 € hat zur Attraktivität wesentlich beigetragen. Während andere Kommunen wegen des erheblichen Zuschussbedarfes ihre Sozialtickets wieder zurückgenommen haben, soll in Bremen das Stadtticket dauerhaft installiert werden.

Auch das Bremer Stadtticket erfordert mittlerweile erhebliche Zuschüsse für die BSAG. Eine nennenswerte Ausweitung der Anspruchsberechtigung und der Leistungen erscheint daher aus Kostengründen unrealistisch. Allerdings erfüllt Bremen mit dem Stadtticket die wichtige verkehrs- und sozialpolitische Aufgabe, möglichst allen BremerInnen den Zugang zu einem attraktiven ÖPNV zu ermöglichen.

Eine erhebliche Ausweitung des berechtigten Personenkreises, des Geltungsbereiches über das Stadtgebiet Bremens hinaus, der Wegfall des Nachtzuschlages und weitere wünschbare Verbesserungen würden die Finanzierbarkeit des Stadttickets gefährden. Es soll aber überlegt werden, ob eine Übertragbarkeit innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft eventuell gegen einen Aufpreis und eine Erweiterung auf die Nutzung anderer VBN-Verkehrsträger innerhalb Bremens zur weiteren Attraktivitätssteigerung möglich ist.

Die Landesmitgliederversammlung von Bündnis 90 / Die Grünen Bremen fordert daher den Senat auf

1. das Stadtticket dauerhaft abzusichern,
2. zu prüfen, ob eine Übertragbarkeit innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft evtl. gegen einen Aufpreis möglich ist und
3. mit den anderen Verkehrsträgern im VBN in Verhandlung zu treten, um eine Nutzung ihrer Verkehrsmittel innerhalb des Stadtgebietes von Bremen zu ermöglichen.

Horst Frehe, Anja Stahmann

↑

30 : 32 : 9 Entk

↓

LAG